

Chronik des Tages.

Der mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragte bisherige Generaldirektor der Tabak-, Geheimrat Cuno, ist in den ersten Besprechungen mit den Parteiführern eingetreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben.

Die englischen Konservativen haben bei den Unterjauwahlen die absolute Mehrheit erungen.

Die englische Arbeiterpartei zieht mit 140 Mandaten als zweitstärkste Partei in das neue Parlament.

Mussolini hat seine Antrittsrede in der italienischen Kammer gehalten.

Der Dollar ist am Freitag an der Berliner Börse von 7506 auf 6608 (amtlich) zurückgegangen.

Von Woche zu Woche.

Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Deutschland hat sich wieder einmal den Luxus einer Regierungskrise geleistet. Ein Kabinettswechsel ist heute allerdings nichts Besonderes. Unser Verstand an Kanzlern und Ministern ist schon mehr als groß, haben wir doch seit der Revolution mehr Kanzler kommen und gehen lassen als in den ersten 45 Jahren seit der Gründung des Reichs. Und mehr als hundert fiktive ehemalige Reichsminister zählt der Reichstag in seinen Reihen.

Im Gegensatz zu den früheren Kabinettskrisen ist der Regierungswechsel diesmal nicht auf außenpolitische Momente zurückzuführen. Im Gegenteil, gerade nach außen war wenige Stunden vor dem Austritt des Kabinetts Wirth eine geschlossene Front gebildet worden, wie wir sie sonst sehr selten — höchstens bei der Bewilligung der Abgeordnetendiäten — zu sehen bekommen. Das Stabilisierungsprogramm der Reichsregierung, das in der Note an die Reparationskommission niedergelegt worden war, hatte die Billigung der Deutschen Volkspartei und sämtlicher Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten gefunden.

Die von vielen Seiten erstrebte „Große Koalition“ von Stresemann bis Scheidemann war also tatsächlich schon vorhanden. Um so mehr muß es überraschen, daß der Versuch des Kanzlers, die bereits bestehende „stille“ Große Koalition durch offizielle Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sanktionieren und dadurch eine feste, arbeitsfähige Regierung zu schaffen, an dem Widerstande von links gescheitert ist. Der Kanzler zog die einzig mögliche Folge daraus und trat mit seinem Kabinet zurück.

Das neue Kabinet, das von dem Generaldirektor der Tabak- Geheimrat Cuno gebildet werden soll, wird sich voraussichtlich auf keine Koalition stützen. Es soll ein „Kabinet der Arbeit“ sein, das sich durch die Art seiner Zusammenfassung und seines Programms eine möglichst breite Grundlage sichern will. Das Programm ist durch die Note an die Reparationskommission gegeben.

Die Durchführung des deutschen Regierungsprogramms hängt wesentlich von der Haltung ab, die die englische Regierung Deutschland gegenüber einnehmen wird. Der Ausfall der Wahlen in England, die einen überraschend starken Sieg der Unionisten und eine schwere Niederlage der Anhänger Lloyd Georges gebracht haben, läßt erhoffen, daß die wandelmutige Politik, die Lloyd George bisher Deutschland gegenüber verfolgte, nunmehr einer zielbewußten Politik Platz machen wird, die das nötige Verständnis für die schwere Lage Deutschlands aufzubringen weiß.

Ein Kabinet der Arbeit.

Cuno verhandelt mit den Parteien.

Der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Dr. Wilhelm Cuno hat sofort nach Annahme des offiziellen Auftrags die Besprechungen mit den Parteiführern eingeleitet. Nach Einleitung der Vorbesprechungen hat er sich nach Hamburg begeben, wo er noch dringende geschäftliche Angelegenheiten zu regeln hatte. Im Laufe des Freitags kehrte er nach Berlin zurück, um die Bildung des „Kabinetts der Arbeit“, wie er es nennt, zum Abschluß zu bringen.

Günstige Aussichten.

Die Betrauung Cunos mit der Kabinettsbildung hat bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine günstige Aufnahme gefunden. Von Seiten der Sozialdemokraten liegt ein Fraktionsbeschluss vor, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Im übrigen nähern die Sozialdemokraten ihre Stellungnahme davon abhängig, welche persönlichen und sachlichen Vorschläge Cuno machen wird.

In den Kreisen der Wirtschaft, der Industrie wie der Finanzen wird die Betrauung Cunos durchweg begrüßt. Auch in der Presse findet der Ruf des Reichspräsidenten fast ungeteilt beifällige Aufnahme. Es wird allgemein hervorgehoben, daß der Reichspräsident einen glücklichen Griff damit getan habe, daß er eine politisch nicht abgeleitete, führende Persönlichkeit aus dem deutschen Wirtschaftsleben mit der Regierungsbildung beauftragt habe. Geheimrat Cuno ist Katholik, gehört jedoch der Zentrumspartei nicht an. In Wirtschaftskreisen sieht er in hohem Ansehen. Er gilt als der Schöpfer der neuen deutschen Handelsflotte. Dreimal war er in Nordamerika und hat sich dort besonders gute Beziehungen geschaffen. Er hatte während seiner letzten Anwesenheit in der Union im letzten Sommer Gelegenheit zu eingehender Aussprache mit Präsident Harding. Bei seiner ersten Anwesenheit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1920 hatte er mit dem Harriman-Konzern das bekannte zehnjährige, auf vollkommener Gegenseitigkeit beruhende großzügige Schiffsabkommen abgeschlossen. Man glaubt, daß das Vertrauen, das sich Cuno bei so starken ausländischen Finanzkräften wie dem Harriman-Konzern, aber auch bei anderen Wallstreet-Riesen und beim Präsidenten Harding erworben hat, der dringenden nötigen Verbesserung des deutschen Krez-

ditzes zugute kommen werde.

Die Zusammensetzung des Kabinetts.

Neben der Zusammenfassung des Kabinetts läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Es ist demnach möglich, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wer für die einzelnen Ministerien des neuen Kabinetts in Frage komme. Es steht festlich fest, daß Geheimrat Cuno dem bisherigen Reichsfinanzminister Hermes das auswärtige Ressort angeboten hat. Im übrigen nimmt man an, daß ein Teil der bisherigen Minister in das neue Kabinet übernommen werden wird.

Bonar Law's Sieg.

Absolute Mehrheit der Konservativen. Charles Anwachsen der Arbeiterpartei.

Die Wahlen zum englischen Unterhaus haben mit einem großen Siege der Konservativen geendet. Die Konservativen haben etwa 70-80 Mandate mehr erhalten als alle anderen Parteien zusammen. Die Regierung Bonar Law's verfügt also über eine absolute Mehrheit in dem neuen Parlament. Die National-Liberalen und die unabhängigen Liberalen geben geschlagen aus dem Wahlkampf hervor, die Arbeiterpartei hat auf Kosten der Liberalen einen Gewinn von ungefähr 70 Eigen zu verzeichnen. Sie zieht als zweitstärkste Partei ins Unterhaus und zählt doppelt soviel Abgeordnete wie im letzten Parlament.

Nach den neuesten Ergebnissen sind gewählt: 343 Konservative, 140 Arbeitervertreter, 57 Unabhängige Liberales (Asquith) 52 National-Liberales (Lloyd George) und 13 sonstige Abgeordnete. Einige Ergebnisse zeigen noch aus.

Das hervorsteckendste Merkmal der Wahl ist die Niederlage der Anhänger Lloyd Georges. Verschiedene Minister des alten Kabinetts blieben auf der Ehre, darunter auch der bisherige Kriegsminister Churchill, der durch eine schwere Erkrankung an wirksamer Wahltauglichkeit verhindert war. Seine Niederlage ist allerdings letzten Endes dem Umstande zuzuschreiben, daß man ihn für den kriegsrischsten aller Kriegsheer hielt. Das große Publikum verurteilte die Politik Lloyd Georges, die das Land beinahe in einen Krieg mit der Türkei gestürzt hätte, und stimmte für die Konservativen und die Arbeiterpartei, weil diese Parteien versprochen hatten, daß die Lloyd George-Politik in Fragen des Nahen Ostens niemals wieder getrieben werden wird. Es ist dies eine klare Neuorientierung des Friedenswunsches des englischen Volkes.

Mussolinis Programm.

„Friedensverträge sind nicht ewig.“

Der Faschistenführer Mussolini hat in der italienischen Kammer seine Antrittsrede als Ministerpräsident gehalten. Nach einigen kleinen Höflichkeiten sagte er, jedermann solle wissen, daß er auf seinem Posten stehe und die Revolution der Schwarzhemden verteidigen werde. Er habe sich aber selbst Beschränkungen auferlegt. Denn er habe sich gesagt, die höchste Klugheit sei die, welche nach dem Siege nicht verjage. Er habe eine Koalitionsregierung gebildet, nicht zu dem Zweck, eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen, die er nicht nötig habe, sondern um über den Parteien alle diejenigen zu vereinen, welche die in Gefahr befindliche Nation zu retten wünschen.

Zur auswärtigen Politik übergehend, sagte Mussolini, seine Politik beruhe auf den Grundlagen der Friedensverträge, die — gut oder schlecht — durchgesetzt werden müssen, sobald sie unterzeichnet und ratifiziert sind. Verträge seien aber nicht ewig. Wenn sich während ihrer Durchführung ihre Einseitigkeit ergebe, könne man die gegenseitige Stellung der Vertragsschließenden von neuem prüfen.

Sehr interessant waren die Ausführungen Mussolinis über die Stellung Italiens in der Entente. Er erklärte, das faschistische Italien wolle aus politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen seine Kriegskollaboration nicht im Stich lassen. Aber er frage, wenn nach eine Entente im eigentlichen Sinne des Wortes bestehe, wie stelle sie sich zu Deutschland und Rußland und zur deutsch-russischen Allianz? Er nehme sich vor, in den Unterhaltungen mit den Ministern Englands und Frankreichs mit aller Klarheit und in seiner ganzen Verantwortlichkeit das Problem der Entente und das daraus folgende Problem der Stellung Italiens in der Entente ins Auge zu fassen. Aus dieser Prüfung gehe entweder ein wahrhaft homogener, im Gleichgewicht sich haltender und demokratischer Block von Kräften mit denselben Rechten und Pflichten hervor, oder die letzte Stunde für die Entente habe geschlagen, und Italien nehme seine Handlungsfreiheit wieder zurück und werde loyal verfahren, seine Interessen mit einer anderen Politik zu verteidigen.

Zur inneren Politik übergehend erklärte Mussolini, seine Leitfäden beständen in den Worten: Expansive Arbeit und Disziplin. Mit größter Schnelligkeit müsse das Budgetgleichgewicht hergestellt werden. Der Produktion solle geholfen werden. Alle Gewalttätigkeiten müßten aufhören und alle Bürger müßten sich frei bewegen können. Er verlange unbeschränkte Vollmacht, weil er auch die ganze Verantwortung übernehmen wolle. Das Land sei mit ihm und warte.

Die vollbesetzte Kammer und die überfüllten Tribünen applaudierten an einer Reihe von Stellen der Rede außerordentlich lebhaft. Kurz darauf gab Mussolini auch im Senat ähnliche Ausführungen ab, die gleichfalls zu begeisterten Kundgebungen führten.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung.

Bis 840 000 Mark versicherungspflichtig. Vom 1. November ab sind die neuen Gehaltsklassen und Beitragsätze der Angestelltenversicherung in Kraft getreten. Die Grenze der Versicherungspflicht ist von 300 000 Mark auf 840 000 Mark Jahres-

kommen heraufgesetzt worden. Statt der früheren Gehaltsklassen gibt es jetzt dreizehn Gehaltsklassen, für die von Klasse zu Klasse steigende Beiträge festgesetzt sind. Die neuen Beiträge gegenüber den bisherigen stark erhöht. Die Versicherungsanstalt vertritt den Standpunkt, daß die Erhöhung eine Notwendigkeit war, weil die bisherigen Beiträge den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entsprachen und die notwendige Erhöhung der Leistungen unmöglich machten.

Im einzelnen sind die neuen Beitragsätze folgendermaßen festgesetzt:

Klasse	1 Jahrentgelt	518	7200 M.	Monatsbeitrag
1	7200	14400	M.	60 M.
2	14400	28800	M.	100 M.
3	28800	57600	M.	170 M.
4	57600	115200	M.	280 M.
5	115200	230400	M.	430 M.
6	230400	460800	M.	600 M.
7	460800	921600	M.	830 M.
8	921600	1843200	M.	1150 M.
9	1843200	3686400	M.	1600 M.
10	3686400	7372800	M.	2340 M.
11	7372800	14745600	M.	3300 M.
12	14745600	29491200	M.	4600 M.
13	29491200	58982400	M.	6400 M.

Von den Monatsbeiträgen entfällt die eine Hälfte auf die Arbeitgeber, die andere auf die Arbeitnehmer. Wichtig ist die neue Bestimmung, daß die Versicherungsgrenze von 60 Jahren in fortlaufender Weise aufwärts beschränkt ist, die sog. Halbversicherungsklasse des Halbjahresarbeitsverdienstes. Eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung kommt nur für Angestellte in Frage, die erstmalig in die Versicherung eingetreten, zurzeit des Eintritts das 30. Lebensjahr überschritten haben und eine ausreichende Lebensversicherung besitzen, die mindestens schon seit drei Jahren läuft. Als ausreichend gilt die Versicherung, wenn die monatliche Prämie mindestens den Beitragsteil des Versicherten entspricht.

Den neuen Beiträgen entsprechen erhöhte Leistungen der Versicherung. Zu dem Ruhegehalt und der Rente, die dem erwerbsunfähigen Versicherten zufließt, tritt als Rentenerhöhung eine Teuerungszulage, die bei Ruhegehalt, Witwen- und Waisenrenten jährlich 9000 Mark, bei der Waisenrente jährlich 4500 Mark beträgt.

Die neue Wahlkreiseinteilung.

Statt 35 künftig 38 Wahlkreise. Dem Reichstag ist der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes zugewiesen, der sich darauf beschränkt, die ganz großen Wahlkreise in der Weise zu verkleinern, daß auf einen Wahlkreis durchschnittlich 1,5 Millionen Einwohner kommen. Allerdings mit Ausnahme von Berlin, von wo es in der Begründung heißt, daß es „im allgemeinen zusammenzufassen“ ist. Eine Begründung für die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung wird jedoch nicht gegeben, und so bleibt die wahrscheinlich außerordentlich erschwerende Tatsache bestehen, daß der Wahlkreis Berlin mit über drei Millionen 800 000 Einwohnern einen einzigen Wahlkreis bildet.

Der Wahlkreis Berlin, der bisher die Wahlkreise 2-4 (Berlin, Potsdam II, Potsdam I) umfaßt, soll künftig die Stadtgemeinde Berlin umfassen, während der dritte Wahlkreis, Potsdam, den Regierungsbezirk Potsdam umfassen soll. Oberpreußen mit 1 Million 303 352 Einwohnern bleibt als eigener Wahlkreis bestehen. Die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd werden ebenfalls geteilt und zwar in den Wahlkreis 16 (Münster) und den Wahlkreis 17 (Minden), der, den Regierungsbezirk Minden, den Kreis Grafschaft Schaumburg, Lippe und Schaumburg-Lippe umfassen soll. Der Wahlkreis Westfalen-Süd wird in die beiden Kreise 18 (Arnsberg-West) und 19 (Arnsberg-Ost) zerlegt. Der Wahlkreis Hessen-Nassau in die Wahlkreise 20 (Kassel) und 21 (Regierungsbezirk Kassel und Waldeck) und 21 (Wiesbaden), umfassend den Regierungsbezirk Wiesbaden und den Kreis Weimar.

Das rechtsrheinische Bayern, das bisher in 3 Wahlkreise zerfiel, soll in vier aufgeteilt werden. Der Entwurf schlägt vor, den Regierungsbezirk Oberbayern als selbständigen Wahlkreis zu gestalten; der Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz soll bleiben, dagegen soll der bisherige Wahlkreis Franken in 2 Wahlkreise, Mittelfranken-Schwaben und Ober- und Unterfranken zerlegt werden. Die Einteilung der sächsischen Wahlkreise nach dem Landeswahlgesetz soll auch für die Reichstagswahlen übernommen werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 18. November 1922.

Unschlüssig der Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten fand ein Telegrammwechsel zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten v. Arnim statt.

Tratrag auf Herabsetzung der Kaffeesteuer. Das brasilianische Bundesministerium hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher im Interesse einer weiteren Förderung der guten Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland eine Herabsetzung der Grundzölle für Kaffee auf 100 Mark je Doppelzentner angeregt wird. — Eine Herabsetzung der Zölle auf Kaffee würde in Brasilien als ein besonderes und wertvolles Entgegenkommen des Deutschen Reiches angesehen werden. Diese Herabsetzung würde dem deutschen Export in Brasilien allgemein zugute kommen und das alte gute Verhältnis zwischen beiden Ländern und Vätern noch mehr als bisher befestigen.

Erhöhung der Besatzungszulagen. Am 16. November fanden im Reichsfinanzministerium mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Verhandlungen über die Erhöhung der Besatzungszulagen ab. Statt. Die Monatsbeiträge in Dienstklasse A wurden von 1000 Mark auf 3000 Mark, in Dienstklasse B von 800 auf 2700 Mark, in den Dienstklassen C-E von 750 auf 2400 Mark erhöht, desgleichen die Besatzungszulagen für unversorgte Kinder von monatlich 180 auf 800 Mark.

Neue Steuerquellen für Länder und Gemein-
de. Der Reichsrat hat die Novelle zum Landes-
 steuergesetz angenommen, die als Finanzausgleichs-
 maßnahme den Ländern und Gemeinden neue Steuerer-
 hebungen einbringt. Die Länder dürfen neue Steuerer-
 hebungen erheben, und es werden ihnen die Erträge
 einer Biehsteuer überlassen. Der Anteil der Länder
 an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird von
 zwei Dritteln auf drei Viertel erhöht. Die Umsatz-
 steuern sollen von 2 auf 2 1/2 Prozent, der Anteil der
 Gemeinden an ihr von 5 auf 25 Prozent erhöht wer-
 den. Weiter soll den Ländern das Einkommen aus
 der Kraftfahrzeugsteuer und der Kennzeichensteuer
 voll überlassen werden. Die Ueberweisung der Steuer-
 erträge soll möglichst bald nach dem Einlaufen in die
 Reichskasse erfolgen. Das Reich darf den Ländern
 oder Gemeinden neue Aufgaben nur zuweisen, wenn
 es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforder-
 lichen Mittel Sorge trägt. An die Stelle der Vor-
 schüsse, die den Gemeinden und Ländern zur Verfü-
 gung der erhöhten Besoldungen für Beamte und An-
 gestellte gegeben wurden, sollen Zuschüsse treten.

Rundschau im Auslande.

Die endgültigen amtlichen Ergebnisse der Senats-
 wahlen in Polen sind folgende: Nationalisten 51, Wundereiten-
 21, Volkspartei (Witas) 15, Modulare Bauernpartei (4,
 „Polenrolle“) 8, Sozialisten 7, galizische Nationalisten 4, Na-
 tionale Arbeiterpartei 2, weitere drei Gruppen je 1 Man-
 dat, Kommunisten 0.
 Nach einer Spasammlung aus Athen sind die che-
 mosianen Minister Tsaldaris und Sogom Mallis verhaftet
 worden.
 Mrs. Mac Dinch und mehrere andere irische Frauen,
 die vor der britischen Vorkriegs in Washington demonstriert
 hatten, wurden wieder in Freiheit gesetzt, da ihr Auftreten
 keine Gesetzesverletzung bedeutete.
 Nach einer Mitteilung des Präsidenten Harding ist
 eine Wilerdung des Alkoholverbotes zu erwarten.

Türkei: Der Sultan vor Gericht.
 Aus Konstantinopel wird gemeldet, die Nationalver-
 sammlung von Angora habe beschließen, den Sultan und
 seine Minister vor Gericht zu stellen. Vermutlich werde die
 Verhaftung des Sultans gefordert werden. Eine Entschei-
 dung darüber, wie dieser Beschluß ausgeführt werden soll,
 ist noch nicht getroffen worden.

Amerika: Eine neue Partei.
 Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus
 Washington wird im Hinblick auf die Wahlen die Organi-
 sation einer unparteiischen Gruppe geplant, die zu den
 Präsidentenwahlen von 1924 in eine „dritte Partei“ von
 führender Bedeutung umgewandelt werden soll. Zum Ver-
 treter sind nach dem Blatte unter anderen aufgeführt die
 Senatoren Vorah, Johnson, La Follette und Norris, fer-
 ner der frühere Staatssekretär Bryan. Eine Konferenz der
 Gruppe soll in einem Monat stattfinden. Auf ihrem Pro-
 gramm steht u. a. die richtige Anerkennung Sowjetrußlands.

Volkswirtschaft.

Erhöhung der Kaltpreise. Die Sachverständigen-
 kommission des Reichskabinetts beschloß unter Zustimmung
 der Arbeiter und Verbraucher, die Kaltpreise mit Wir-
 kung vom 17. November ab um durchschnittlich 60
 Prozent zu erhöhen.
Das neue Goldzulassungsgesetz für die Zeit vom
 22. bis einschließl. 28. Novbr. 1922 beträgt 145 500
 vom Hundert, das ist das 1459fache des Grundzolls
 gegen 112 400 Prozent der vorigen Verordnungszeit.

Handelsteil.

Berlin, den 17. November 1922
 Die voraussichtliche Lösung der innerpolitischen Krise
 hat offenbar auf dem Devisenmarkt der D. B. L. eine güns-
 tige Aufnahme gefunden. Der Dollar, der schon gestern
 abend recht schwach lag, sentte sich infolgedessen in den heuti-
 gen Vormittagsstunden von 6800 auf 6100. Im wesentlichen
 trugen auch die festeren New Yorker Marktkurse zu dieser Er-
 höhung bei. Umlich nicht nur der Dollar, sondern auch die
 anderen Währungen. Die heutige Kaufkraft ist ziemlich festes
 Bild. Wenn auch von einer eigentlichen Kaufkraftumkehrung nicht
 gesprochen werden konnte, so war die Wechselkurs der Kuris
 doch gut behauptet, und die Tendenz im allgemeinen wider-
 standsfähig. Der Verkaufsmarkt wurde von der Börse mit
 einer gewissen Zuversicht beurteilt, weil man von ihm Ver-
 ständnis für die wirtschaftliche Lage erwarten zu können
 glaubt.
 Auf dem Produktenmarkt kam in fast allen Ar-
 tikel ein stärkeres Angebot heraus. Umgekehrt wurde aller-
 dings nicht viel, da die Käufer sehr zurückhielten.

Stand der Markt.

Es kostete nach den amtlichen Mitteilungen der Ver-			
inner Börse am	17. 11.	16. 11.	1914
1 holländischer Gulden	2593	2972	1,67 M.
1 belgischer Franc	426	463	0,80 "
1 dänische Krone	1326	1521	1,12 "
1 schweizerische Krone	1765	1995	1,12 "
1 italienische Lira	311	344	0,80 "
1 englischer Pfund	29326	33813	20,00 "
1 Dollar	461	756	4,20 "
1 französischer Franc	668	498	0,80 "
1 schweizerischer Franc	1226	1376	0,80 "
1 tschechische Krone	203	275	— "

Warenmarkt.
 Mittagsbörse. (Umlich.) Preise für 50 Kilo ab Station:
 Weizen 12 400—12 000. Roggen 10 700—10 500. Sommer-
 gerste 12 000—12 300. Wintergerste 10 500—10 600. Hafer
 12 300—12 200. Mais 1000 Bestir 12 200—12 000. (Weizen)
 mehl (100 Kilo) 36 500—35 000. Roggenmehl (100 Kilo)
 30 500—33 500. Weizen- und Roggenmehl (100 Kilo) 20 000—21 000.
 Weizen- und Roggenmehl (100 Kilo) 20 000—21 000. Winterweizen
 20 000—21 000. Winterroggen 14 500—15 500. Ackerbohnen
 20 000—21 000. Bohnen 18 500—19 500. Lupinen 15 000
 14 000—15 000. Gelbe 15 500—16 500. Gerstena 25 000
 14 000—15 000. Gerste 15 500—16 500. Trogenschnittel 5700
 bis 30 000. Wastzinsen 7500—7700. Trogenschnittel
 bis 5900. Bohnen. Zuderchnittel 7700—7900. Trogenschnittel
 Mischung 30-70 3500—3800.
Heu und Stroh.
 Drahtgepresstes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 5000
 bis 5100, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 4600
 bis 4700, Roggenlangstroh 4700—4800, langes und gebäu-
 detes Stroh 4500—4600, Stroh 5400—5500, handels-
 weises Heu 2850—2900, gutes Heu 3100—3300 Markt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 17. November 1922
 Die Ankerarbeiten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des
 Vortrages Herr (Dnt.) zur Aufhebung der Einzelsteuer
 für Betreibungen und Zehnter. Der Ausschuß hat be-
 schlossen, daß die Steuer für die Nebernahme von Ankeren
 bei Betreibungen und Zehnter sich ermäßigen soll: von den
 ersten 1 000 000 Mark des innerhalb eines Kalenderjahres-
 jahres vereinnahmten Entgelts auf 1/2 Prozent, von den
 nächsten 1 000 000 Mark auf 1 Prozent, von den nächsten
 1 000 000 Mark auf 1 1/2 Prozent, von den darüber hinaus-
 gehenden Beträgen auf 2 Prozent.

Abg. Wuhn (Dnt.) beruft als Berichterstatter auf
 die katastrophale Lage der Presse infolge der ungeheuren
 Erhöhung der Papierpreise.
 Abg. Koenen (Komm.) verlangt Abschaffung der Um-
 satzsteuer die unzulässig sei.

Der Antrag Koenen wird abgelehnt und der Ausschuß-
 antrag in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommuni-
 sten angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes zur
 Änderung des Gewerbevertrages, der entziffernd der
 Geltendmachung die Zuständigkeit der Kaufmännengerichte er-
 weitert. Nach dem Vorschlage des Ausschusses sollen der
 Reichsrat und ein Reichstagsausschuß die Berechtigung
 haben, selbständig die Zuständigkeitsgrenze zu erweitern.

Das Haus beschließt jedoch, daß nur das Reichstags-
 plenum selbst die Entscheidungen treffen soll und nicht der
 Reichsrat und der Reichstagsausschuß. Die Vorlage wird
 im übrigen angenommen, die Zuständigkeitsgrenze wird nach
 dem Antrag Oebel (Soz.) auf 840 000 Mark festgelegt.

Die Geschäftsbildung des Reichstages.
 Die zweite Lesung der Geschäftsbildung des Reichstages
 wird darauf fortgesetzt.
 Ein Antrag Weidner auf Zurückweisung der Vorlage
 an den Ausschuß wird abgelehnt.

Es folgt die Einzelberatung, in der beschlossen wird,
 daß die Fraktion mindestens 15 Mitglieder zählen soll.
 Nach weiterer unentschiedener Debatte über die einzelnen
 Paragraphen der neuen Geschäftsordnung verläßt sich das
 Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

Schlusdienst.

Steuermarken für 500, 1000 und 2000 Mark.
 Berlin, 17. Novbr. Das Reichsfinanzministe-
 rium hat sich entschlossen, den Druck von Steuer-
 marken im Nennbetrage von 500, 1000 und 2000
 Mark im Einvernehmen mit der Reichspostverwal-
 tung in die Wege zu leiten. Die Herstellung dieser
 Marken wird sich vor Anfang nächsten Jahres kaum
 ermöglichen lassen.

Verbot einer nationalsozialistischen Versammlung.
 Hannover, 17. Novbr. Oberpräsident Kossk
 hat die nach dem Neuen Hannoverischen Festkal ein-
 berufene Versammlung der nationalsozialistischen Par-
 tei in Hannover verboten.

Die Streikbewegung im Westen.
 Duisburg, 17. Novbr. Mehrere Tausend von
 einer Stärke von etwa 250 Personen versuchten nach
 Duisburg hin vorzudringen. Es gelang, die Arbeiter
 teilweise zum Verlassen der Betriebe zu bringen.
 In Duisburg selbst wurden sie von der Polizei zu-
 rückgedrängt, hatten also keinerlei Erfolg. Im So-
 linger Bezirk, in Elberfeld und Barmen ist die Auf-
 zugswogen wieder hergestellt worden.

Angliederung Meiningens an Bayern?
 Weimar, 17. Novbr. Nach der Einverleibung
 Koburgs durch Bayern sind auch jetzt Besprechungen im
 Gange, Meiningen vom Lande Thüringen loszulösen
 und an Bayern anzuschließen. Auf Grund des Artikels
 18 der Verfassung soll, so meldet das „Namb. Tage-
 blatt“, eine Volksabstimmung angestrebt werden.

Das Echo in Frankreich.
 Paris, 17. Novbr. Die Nachricht von der Ver-
 trauung Cunos mit der Kabinettbildung wird von
 der Pariser Presse günstig aufgenommen. Man äußert
 die Hoffnung, Cuno werde im Einverständnis mit der
 Schwerindustrie ein klares Programm für die deut-
 sche Reparationspolitik vorlegen, und die Abfuhr der
 Anliehfrage werde dadurch erleichtert werden. Der
 Eintritt von Sozialdemokraten in das neue Kabinett
 würde hier begrüßt werden, weil man für den Fall
 eines vollständigen Zurücktretens der Sozialdemokra-
 ten in die Opposition Unruhen in Deutschland be-
 fürchtet.

Soziales.

Die Spende für das deutsche Schrifttum. Dem
 Reichspräsidenten sind wie bereits mitgeteilt, unter
 Vermittlung des deutschen Gesandten in Bern durch
 die Schweizerisch-Deutsche Hilfskommission 25 Millio-
 nen Mark zur Vinderung der Not der deutschen Redak-
 teure, Journalisten und Schriftsteller überwiesen wor-
 den. Der Reichspräsident hat die Spende an die
 Zentralorganisationen des deutschen Schrifttums ver-
 teilt, die in der sozialistischen Fürsorge für Redakteure,
 Journalisten und Schriftsteller eine ihrer Hauptauf-
 gaben sehen. Ein kleinerer Teil der Spende ist für
 Zwecke der in Gründung begriffenen Matgenossenschaft
 der deutschen Kunst, Abteilung Schrifttum, und für
 besondere Fälle einzuweisen zurückgehalten worden.

Dänische Hilfsaktion für den deutschen Mittel-
stand. In Kopenhagen hat sich ein Komitee zur Sam-
 lung von Beiträgen für den notleidenden deutschen
 Mittelstand gebildet, das einen Aufruf mit einer
 eindringlichen Mahnung zur Hilfe erlassen hat. Es
 heißt in dem Aufruf: „Die Hilfe Dänemarks muß
 den großen Deutschland gegenüber gering erscheinen,
 aber die Gabe, die wir bieten können, kann infolge
 der Kaufkraft unserer Valuta vielen über den Winter
 helfen. Wir beabsichtigen durch die Mittelstandshilfe
 in alten Kulturzentren wie Weimar, Göttingen, Jena,
 Erlangen, Heidelberg, Lübeck usw. Familien, deren
 Frauen und Kinder Not leiden, zu helfen.“ Unge-
 dult veröffentlicht das dänische Gesamtomitee für Hilfe-
 leistung in den vom Kriege heimgekehrten Ländern
 einen Aufruf an das dänische Volk zur Spendung
 von Beiträgen für eine Hilfsaktion zugunsten not-
 leidender Kinder in den deutschen Großstädten

und in Sachsen und Thüringen. Der Minister des In-
 nern beantragte beim Finanzausschuß des Reichstages
 die Bewilligung von 35 000 Kronen Staatszuschuß
 für die Hilfsaktion des Komitees.

Locales.

Wendekalender für den 19. November.

1770 * Der dänische Bildhauer Albert Bertel Thor-
 valdsen in Kopenhagen († 1844) — 1823 † Der Komponist
 Franz Schubert in Wien (* 1797) — 1833 † Der Philo-
 soph Dilthey in Breslau (* 1811) — 1843 * Der Chirurg
 Rinsenz Czerny in Prag (* 1811) — 1865 * Der
 Vater Otto Gammann in Hamburg (* 1802) — 1869 Er-
 findung des Elektrizitäts — 1833 † Der Ingenieur Wilhelm
 Siemens (* 1822).

Wahlfahrtsmärkte. Die Reichspostverwaltung
 wird in der ersten Hälfte des Dezember zwei Wohl-
 fahrtsmärkte zugunsten der Alters- und Kinderhilfe
 der Deutschen Roten Kreuzgesellschaft herausgeben, die nur
 bis zum 15. Januar verkauft werden sollen. Der Fran-
 kerungsbeitrag der beiden Marken wird 12 Mark (einfach-
 er Markbrief) und 6 Mark (Fernpostkarte) betragen.
 Die Marke zu 12 Mark soll für 20 Mark, die zu 6 M.
 für 10 Mark verkauft, der Ueberschuß von 8 und
 4 Mark soll für den genannten Wohlfahrtszweck ver-
 wendet werden. Von jeder Sorte wird nur eine Auf-
 lage von 5 Millionen Stück hergestellt. Die Marken
 erhalten ein besonderes Bild, das auf anderen Frei-
 märkten nicht erscheinen wird.

Scherz und Ernst.

ff. Postkutschen in den Vereinigten Staaten.
 Die Ueberfälle auf Postwagen und Postkutsche sind
 in Amerika so zahlreich geworden, daß sich die Re-
 gierung in Washington jetzt zu energischeren Vor-
 gegen dieses Unwesens entschlossen hat. Sie wird für
 die Waghäzige und Postwagen, die Verbringenden be-
 fördern, von bewaffneten Marinejohdanten begleitet la-
 ssern, bis es gelungen ist, eine eigene postalische Be-
 wachungsgruppe zu organisieren. In den letzten Wochen
 wurden in Newyork und anderen großen Städten
 wiederholt Postkutschen zum Halten gezwungen. Die
 tend sie und ihre Begleiter mit vorgehaltenen Re-
 volvern in Schach gehalten wurden, räumten die Post-
 kutschen in aller Ruhe den Postwagen aus und verließen
 seinen Inhalt auf Antas, mit denen sie davonfahren.
 Das gleiche Schicksal widerfuhr den Lokomotivführern,
 die gezwungen wurden, langsam zu fahren, damit
 die Räuber den Postwagen plündern und die Beute
 herauswerfen konnten. Die Postverwaltung erklärt,
 daß sie auf diese Weise um Millionen von Dollars
 geschädigt worden ist. Auf das bringende Erlauchen
 des Generalpostmeisters hat sich Präsident Harding
 denn auch entschlossen, Marinejohdanten zum Sicherheits-
 dienst abzuordnen. „Wir stehen im offenen Krieg
 mit den Banditen und Strandräubern der Vereinigten
 Staaten,“ erklärte der Generalpostmeister, „und wir
 müssen dafür sorgen, daß auch die letzte Postkutsche
 vor diebischen Angriffen geschützt wird, ganz gleich,
 was dieser Schutz kostet.“ So werden denn in Zukunft
 Tausende von mit Flinten und Revolvern bemanneten
 Matrosen die Postwagen der Eisenbahnhäzige und Post-
 kutschen begleiten, die den Befehl haben, jeden Ver-
 dächtigen niederzuschießen.

Im Auto durch die Sahara.

Ein gelungenes Experiment.
 Nachdem der Versuch französischer Polizeiflug-
 zeuge, die Sahara zu überfliegen, mit einer Kata-
 strophe geendet hatte, unternahm es die französische
 Regierung, in diesem Jahre die Sahara auf dem
 Strede von Algier nach Tamarassett mittels Last-
 automobilen zu durchkreuzen. Der Zweck dieser Un-
 ternehmung war, Benzin- und Nahrungsmittelkon-
 sitionen längs der seitens der französischen Regierung
 geplanten Verkehrsflugstrecke von annähernd zweitausend
 Meilen Länge anzulegen, deren Fehlen hauptsächlich
 die Katastrophe des Vorjahres zuzuschreiben war.
 Ein Zug von 23 Lastwagen mit einem Ladevermögen
 je 30 Tonnern wurde für diese Wüstenreise aus-
 gestattet und führte unter anderen Vorkräften auch 1000
 Gallonen Benzin sowie drei Empfangsstationen für
 drahtlose Telegraphie mit sich. Diese Fahrzeuge waren
 von derselben Art, wie sie die Alliierten während des
 Krieges benutzten; die einzige wichtige Aenderung war
 nur, der Einbau von doppelten Luftreifen an den
 Vorderachsen, um das Verflachen der Reifen an den
 Sande zu verhüten und um eine größere Elastizität
 bei den Fahrten über die felsigen Teile der Strede
 zu erzielen. Nach der Abfahrt von Algier wurde die
 erste längere Nacht in Duargla nach 530 Meilen Fahrt
 gemacht. Mit diesem Punkte waren die äußersten Vor-
 posten der Ententeabstimmung erreicht, und von jetzt
 ab war mit den Verhältnissen der unerschlossenen Wüste
 zu rechnen. Bestenfalls bestand die Strede aus einem
 Kamelspfad, aber häufig genug verfiel auch dieser
 vollständig, so daß die erste Motorcaravane bei ihrem
 erfolgreichen Eindringen in die Sahara sich über plan-
 lose Sandflächen, untermittelt mit Felsenteten, fort-
 bewegen mußte. Die Unruhe über eine Strede von
 1864 Meilen wurde ohne Motordefekt bewerkstelligt
 und Tamarassett in einem Monat nach der Abfahrt
 erreicht. Unterwegs wurden Flugstapfen in Insekt-
 An-Salch und Hoggar errichtet. Die Rückfahrt voll-
 zog sich unter ähnlichen Bedingungen, scheint jedoch
 schneller vorstatten gegangen zu sein, da die Fahrzeuge
 jetzt weniger belastet waren.

Nicht nur der gefamte Lastzug gelangte wohlbe-
 halten an seinen Abfahrtsort zurück, sondern auf der
 Rückfahrt sammelten die Wagen nicht weniger als elf
 Lastwagen auf, die in der Wüste während früherer
 Durchfahrtsversuchen aufgegeben worden waren, und
 schleppten diese nach Algier. Der glänzende Erfolg be-
 weist die wichtige Rolle der Motorfahrzeuge bei Er-
 schließung solcher Lufthäfen quer durch ein straken-
 und eisenbahnloses Land.